

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig  
(150 Milliarden)

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zweifach; Sonntage mit der illustrierten Beilage „Zeithilf“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kursnotizen der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wochentlich 1— Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 1.30 Goldmark. Bei Ansauf der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: um-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen um-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein'scher Verlagsbuchhandlung, Georg-Broschard, Vossische-Redaktion (im Aas-4 Handeltreibler); Carl-Meißel, Berlin. Druck: Mannskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernspreng-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 8900—8908, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 8986-8989. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

# Gesamtdemission des Kabinetts Marx.

## Gestern überreicht.

Die amtliche Mitteilung über den Rücktritt des Kabinetts lautet:

„Die Reichsregierung hatte in ihren Sitzungen vom 6. und 15. Mai 1924 beschloffen, bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amte zu bleiben. In Verfolg dieses Beschlusses hat die Reichsregierung heute erneut zu dieser Frage Stellung genommen und einmütig beschloffen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu überreichen. Der Reichspräsident hat die Demission entgegengenommen und das Reichskabinet mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.“

Vororganen sind der Gesamtdemission ein Beschlus der Deutschen Volkspartei und die Antwort der Deutschnationalen. Während die Deutschnationalen Fraktion noch sagte, wurde von der Deutschen Volkspartei folgendes Communiqué ausgegeben:

„In ihrer heutigen Sitzung vom 16. Mai hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei entpfanden der bisherigen Haltung der Reichsminister Dr. Stresemann und Jarres einmütig beschloffen, die Demission des Kabinetts zu fordern, um die Wohlthat zu machen für die verfassungsmässige Aufgabe des Reichspräsidenten, eine neuen parlamentarischen Versammlung entsprechende Regierungsbildung herbeizuführen.“

Dieser Beschlus der Deutschen Volkspartei erregte kein Getram und bei den Demokraten nicht geringes Verdröben und wurde als eine Torpedierung des Kabinetts Marx bezeichnet, die den Deutschnationalen zu erwünscht kommen mußte, als wäre sie von ihnen bestellt gewesen. In der Befragung der Mittelpartei am Sonnabend war ausdrücklich vermerkt worden, daß vor dem Sturz der Deutschnationalen kein Montag abends kein Reichstag erfolgen solle. Im allgemeinen war erwidert worden, daß das Kabinet Marx nach der Bekanntgabe des demissionären Beschlusses über die Gesamtdemission sich schlüssig werden solle. In allen Übersetzungen war angeklagt, daß das Reichskabinet noch am Montag abend zurücktreten wolle. Welchen Sinn hatte also die Resolution der Deutschen Volkspartei? Unmöglich soll sie ausgeht werden sein durch die Beschlüsse im Getram und bei den Demokraten, den Rücktritt des Kabinetts Marx zu verhindern. Wenn das der Fall war, dann hätte die Deutsche Volkspartei erst recht die angelegte Debatte der Mittelpartei abwarten und dort ihre abweichende Meinung vorbringen sollen. Das hätte sich der Zeit gegeben. Die Fortdauer des Kabinetts einer Koalitionserregung in der Form, wie es seitens der Deutschnationalen erfolgt, ist unmöglich eine Zustimmung, denn sie verlegt die anderen Koalitionparteien, über deren Stoff hinweg der Beschlus gefasst und veröffentlicht wurde; sie erweckt den unangenehmen Eindruck, als ob das Kabinet Marx sich gegen den Gewohnheitstrit stände und zu ihm erst genommen werden müßte. Der Beschlus leitete den demissionären Tendenzen Vorschub; er half die Verlogenheit in den Vorber, das Programm in die Vergangenheit. Ein Befehl der Deutschnationalen, die Deutschnationalen gar nicht wünschbar können als diesen Beschlus der Deutschen Volkspartei, die sie im Wahlkampf auf das höchste beschlupft haben.

Um 6 Uhr nachmittags war die Resolution der Deutschen Volkspartei veröffentlicht worden, um 1/8 Uhr waren die Beratungen der Deutschnationalen zu Ende. Im Reichstage sollte man um einen bestimmten Antrag der Deutschnationalen Beschlusse kommen. Ein Befehl der Deutschnationalen, die Deutschnationalen gar nicht wünschbar können als diesen Beschlus der Deutschen Volkspartei, die sie im Wahlkampf auf das höchste beschlupft haben. Die Deutschnationalen antworteten in der Sache absehend, wenn auch in einer Form, die die Schöpfheit der Ablehnung verleihten soll. Sie stellen wie bisher die Personenfrage oben an und kommen wieder auf die Kandidatur Eizips zurück. Die Deutschnationalen bringen in ihrer Antwort zunächst zum Ausdruck, daß sie entschlossen sind, sich an der Regierungsbildung in der ihrer Stärke und dem Ergebnis der Wahl annehmenden Weise zu beteiligen. — Sie weist weiter darauf hin, daß sie den Beweis für ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Verantwortung bereit haben, daß sie in der Person des

## Die außenpolitischen Richtlinien.

### Der Wortlaut der Vereinbarungen.

Die von den bisherigen Regierungsparteien (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei) einmütig angenommene Erklärung zur außenpolitischen Lage hat folgenden Wortlaut:

„Das Gutachten der Sachverständigen bildet den ernsthaften Versuch einer friedlichen Lösung der Reparationsfrage. Es ist ein einheitliches und teilloses Ganze. Die Umkehrbarkeit des Gutachtens mocht den Beginn deutscher Beziehungen abhängig von der Herstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität des Reiches, die die Wiederherstellung der Reparationsbedingungen behauptet, und sie zum Gegenstand der Forderung abgeben.“

„Das Gutachten der Reparationskommission ist das Gutachten, die Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage. Bei diesem Charakter des Gutachtens bedeutet seine Aufstellung den Frieden in der Zeit Jahren unklaren Reparationslage und damit die Erzielung aller Rämpfe, die diesem Frieden vorzuziehen sind. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches als Voraussetzung für die Produktivität deutscher Gebiete ist aber erst gesichert, wenn allen Deutschen die Möglichkeit gegeben ist, in ihrer Heimat sich ungehörter Arbeit hinzugeben, insbesondere auch die innere Bereitwilligkeit, die in Deutschland für die erforderliche Steigerung der Produktivität und die Annahme schwerer Lasten notwendig ist, niemals geschaffen werden, solange das taunrige Schicksal tausender Betriebsruher und ihrer Freiheit bedauerter Deutschen die Nation belastet und beunruhigt.“

Großadmiral v. Eizips eine Persönlichkeits vorgeschlagen habe, die — wenn sie auch auf Grund des demissionären Partei-programms in den Reichstag gewählt worden sei — doch durch ihre ganze Vergangenheit und durch das Vertrauen, das sie in den Reihen ihrer Parteifreunde genies, geeignet erscheine, den Mittelpunkt für die Bildung einer arbeitstüchtigen Regierung darzustellen. Die Fraktion ist nach wie vor der Ansicht, daß die Frage der Führerpersönlichkeit den Verhandlungen über die Form der Regierung vorrangig werden muß, weil sie glaubt, daß die großen politischen Schwierigkeiten nicht so sehr durch parlamentarische Formeln als durch Führerpersönlichkeiten gelöst werden können. — Der dritte Teil der Antwort enthält präzisierende Vorschläge für eine materielle Einigung zwischen den für eine Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien. Die Fraktion hat sich nicht der Verantwortung verschrieben, daß eine gewisse Kontinuität mit der abtretenden Regierung gewahrt werden muß, sie hat aber auch zum Ausdruck gebracht, daß sie die deutschen Untertanen nicht mit gebundenen Händen dem Ausland gegenüberstellen darf, so daß sie schon vor einer neuem genommenen materiellen Entscheidung in der Außenpolitik stehen.

Die Antwort ist, wie erwähnt, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Eizips übergeben worden.

Da das Sachverständigengutachten ein einheitliches und einheitliches Ganzes ist, so kann es auch nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Die Unklarheiten und Widersprüche, die an einzelnen Stellen des Gutachten und auch reaktionell in der Fassung der Teile hervortreten, erfordern für seine reibungslose Durchführung noch Feststellungen und klare Lösungen. Ferner muß bei den Beratungen über die zu verabschiedenden Gesetze, namentlich über die Gestaltung der Reichsversammlung und der Wählergesetzgebung der maßgebende deutsche Einfluß in der Führung der Unternehmungen sichergestellt werden. Wir erwarten, daß die Regierung alles tut, um in dieser Beziehung unter Lebenswichtigen Interessen zu wirken. Dem Gutachten selbst können wir nur mit den Vorbehalten zustimmen, die auch die Sachverständigen begünstigt seiner Durchführbarkeit selbst gemacht haben. Wir legen dabei voraus, daß das Gutachten als einheitliches und unteilbares Ganzes auch von den übrigen Parteien anerkannt wird, daß seine Realisierung mit gutem Willen erfolgt und insbesondere dabei nicht nur die Herstellung unserer Souveränität in Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung, sondern auch die Aufrechterhaltung der neuen deutschen Währung im internationalen Zahlungsverkehr gewährleistet ist.

Die Lösung der Reparationsfrage durch das Gutachten bedeutet die Wiederherstellung aller verfassungsmässigen Rechte des Deutschen Reiches und damit die Freiheit des nicht verfassungswidrig besetzten Gebietes von jeder Belastung durch die Reichsbeschlüsse des Reichslandparlamentes für die verfassungsmässigen Gebiete und die Gewährleistung der Reichsicherheit für deren Bevölkerung. Wir erwarten von der Regierung, daß sie mit Ungehörigkeit diese Freiheiten sichergestellt.

Die unteilschließlichen Parteien sind geistig in dem höchsten nationalen Willen, die Regierung bei einer nach den vorliegenden Grundbedingungen möglichen Außenpolitik zu unterstützen und sich für die Durchführung der zu diesem Zweck erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen einzusetzen.

Die demissionären schriftliche Antwort unterzeichnet sich inhaltlich kaum von den Erklärungen, die die demissionären Führer in den Verhandlungen mit den Parteien der Mitte abgegeben haben. Da die Deutschnationalen nach den Beratungen des Reichstages der Deutschen Volkspartei müßten, daß die Gesamtdemission des Kabinetts Marx unter allen Umständen erfolgen müsse, hatten sie auch aus fernem Bewusstsein, nicht auf die prozessualischen Fortschreitungen der Mittelpartei einzugehen und deutsche Sprache zu benutzen. Sie konnten wieder die Personenfrage voranzutreiben, weil sie sicher waren, daß sie im Dienstes schon sein würde.

Unmittelbar nach Empfang der demissionären Antwort traten die Mittelpartei zusammen. Der Reichsanwalt und der Reichsaussenminister wählten der Beratung. Die Zentrum und Demokraten waren der Auffassung, daß die demissionäre Antwort eine glatte Mißachtung der Rechte der Deutschnationalen mit abzugeben seien. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei waren nicht dieser Auffassung, und sie glaubten, aus dem Wortlaut der demissionären Erklärung noch auf Verhandlungsmöglichkeiten schließen zu können. Vereinbart wurde, auf das Schreiben der Deutschnationalen keine Antwort zu erteilen. Um übrigen waren legt auch Zentrum und Demokraten den Deutschnationalen, daß sie die demissionäre Antwort der Gesamtdemission des Reichskabinetts entgegen nicht, Reichsanwalt und Reichsaussenminister legten sich in das Reichslandparlament, was das Kabinet bereits vermerkt war. Die offizielle Mitteilung von der Gesamtdemission wurde in der ersten Nacht ausgeben.

Das Weitere liegt nun in der Hand des Reichspräsidenten, der heute die Führer der Parteien empfangen wird. In welcher Reihenfolge noch nicht bekannt. Wenn dem Empfang der Fraktionen vorzuziehen wird sich der Reichspräsident dem Reichspräsidenten erwidern, so er mit der Realisierung des Reichskabinetts beauftragt sein. Im Reichstage wurde gestern verabschiedet, daß Zentrum und Demokraten dem Reichspräsidenten vorschlagen dürften, Reichsanwalt Marx aus dem Amt zu betrauen. Die Deutsche Volkspartei soll be-

Heute:

## Sport, Spiel und Turnen

Zustoberger Wald-Kennen  
Klein-Autoren im Zentrum